

# Wirtschaft

## Die große Lücke

Frauen erhalten 21 Prozent weniger Lohn als Männer

VON ANNIKA GRAH

Die Unterschiede sind deutlich: 14 Euro pro Stunde verdient eine Erzieherin, 16 Euro ein Sozialpädagoge. Ein Techniker bekam nach einer Auswertung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Jahr 2014 hingegen 18 Euro und ein Ingenieur sogar 29 Euro. „Jobs in der Industrie werden im Durchschnitt besser vergütet als beispielsweise im Gesundheitswesen“, stellt Oliver Stettes vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft fest. „Das hat viel mit der Wertschätzung des Produktes durch die Kunden zu tun“, sagt er. Viel hänge an der Zahlungsbereitschaft der Menschen.

Anzeige



Die unterschiedliche Bezahlung in verschiedenen Branchen wird als ein wichtiger Faktor für den sogenannten Gender Pay Gap gesehen – also für den Unterschied im Bruttoverdienst von Männern und Frauen. Die Lücke lag in Deutschland 2016 bei 21 Prozent nach 22 Prozent im Jahr 2015, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag erklärte.

„Es gibt viel Ungerechtigkeit in der Bezahlung von Männern und Frauen, aber ein großer Teil des Unterschieds kommt durch Branchen- und Berufswahl, Dienstalter und Beschäftigungsumfang“, sagt Helmut Uder von der Unternehmensberatung Willis Towers Watson. Frauen unterbrechen nach wie vor länger für die Familie und arbeiten hinterher öfter in Teilzeitjobs. Das von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) geplante Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit, das Beschäftigten erlaubt zu erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden, dürfte daran kaum etwas ändern.

### Die Wirkung des Kostendrucks

Denn allein 15 Prozent des Gender Pay Gaps liegen laut Institut der deutschen Wirtschaft an der Branche. Und das Gefälle lässt sich klar entlang klassischer Männer- und Frauenberufe ablesen. Laut DIW lag der Stundenlohn in Berufen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, 2014 um acht Euro niedriger als in männlichen dominierten Berufen bei gleicher Ausbildungszeit.

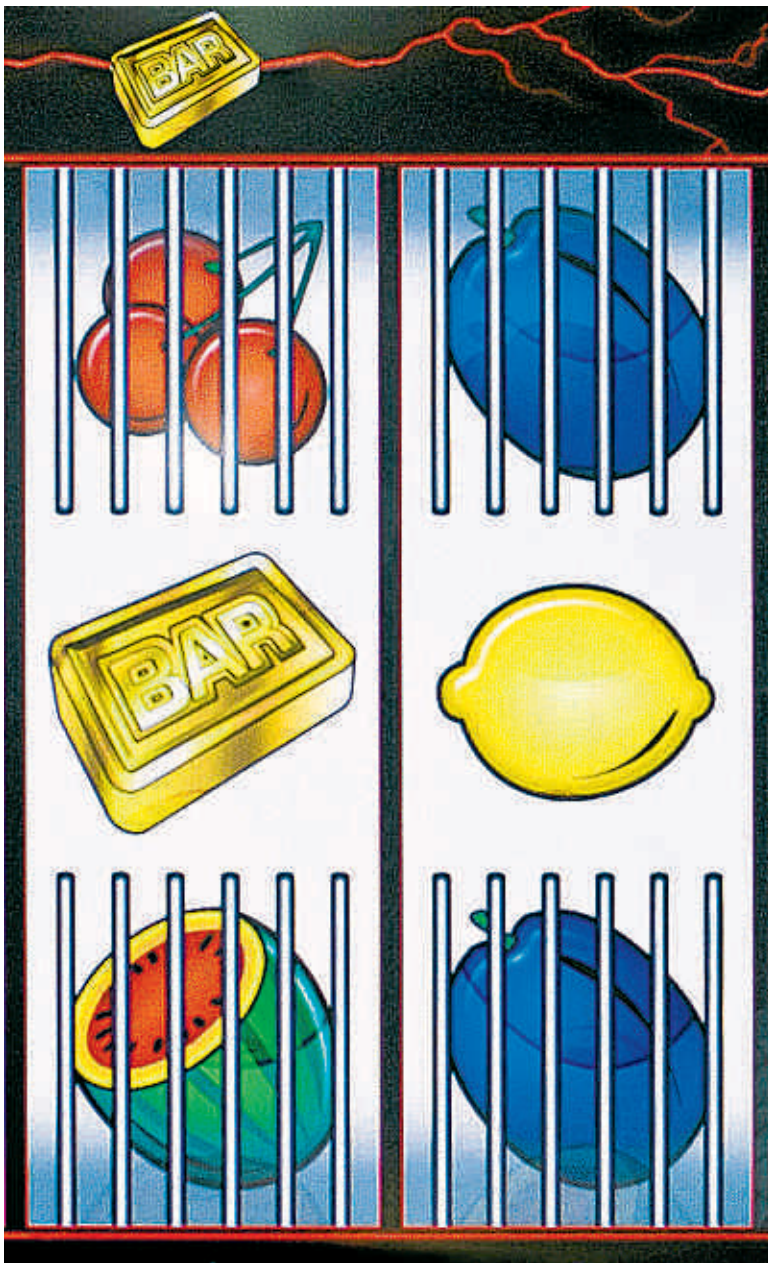
Die Gründe dafür sieht Corinna Kleinert vom Leibniz-Institut für Bildungsverläufe auch in der historischen Entwicklung. Historisch galten Frauen als weniger kompetent und leistungsfähig im Bereich der Erwerbsarbeit als Männer. Ihnen standen daher vor allem hausaltersnahe Berufe offen, und solche „typisch weiblichen“ Tätigkeiten wurden in der Folge auch geringer entlohnt. „Daher wird auch von einer bis heute anhaltenden Entwertung von Frauenberufen gesprochen.“ Technische Berufe würden dagegen traditionell von Männern ausgeübt und daher höher entlohnt.

„Der geringe Verdienst hat auch etwas zu tun mit dem Thema Arbeitsbewertung“, sagt Sarah Lillemeier vom Institut für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen. „Dabei ist eine Schieflage entstanden zwischen der Bewertung und Bezahlung von Männer- und Frauenberufen.“ Denn die Kriterien zur Bewertung von Arbeit kämen prinzipiell aus der Industrie. „Darin sind weder psychosoziale Anforderungen enthalten und auch die Verantwortung für das Wohlergehen der betreuten Menschen bleibt oft unberücksichtigt“, so Lillemeier. Sorgeberufe seien daher sehr anfällig für eine zu geringe Bewertung und Bezahlung, gemessen an ihren Anforderungen. „Das Bewusstsein für die Thematik ist da“, sagt sie. „Kostendruck und Ökonomisierungstendenzen in den Sorgeberufen führen aber auch dazu, dass sich derzeit wenig ändert.“ (dpa)

## Nichts geht mehr

Tausenden Spielhallen in Deutschland droht im Sommer die Schließung. Die Branche warnt vor Stellenabbau. Berlin geht besonders rigoros vor

VON MARKUS SIEVERS



Jeder Dritte lässt sich innerhalb Jahresfrist auf mindestens ein Glücksspiel ein.

### AUF DEM WEG IN DIE KRIMINALITÄT

**Gut jeder dritte Bundesbürger** gab in einer Umfrage im Auftrag von Löwen Entertainment an, bereits online an einem Glücksspiel wie Poker, Black Jack oder Roulette teilgenommen zu haben. Was die meisten davon nicht wussten: Damit verstießen sie in den meisten Fällen gegen die Gesetze.

**Online-Glücksspiel** ist in Deutschland verboten. Der Staatsvertrag der Bundesländer sieht nicht vor, Lizenzen für Online-Casinos zu vergeben. Lediglich Schleswig-Holstein hat Ausnahme genehmigungen erteilt.

**Die Ministerpräsidentenkonferenz** soll am Donnerstag auf Antrag von über einen Antrag von Hessen darüber beraten, dies zu ändern.

**In Berlin** gibt es des Bundesverbandes Automatenunternehmer rund 370 Spielhallen mit 4 100 Geldspielgeräten. Berlin will diese Zahl deutlich reduzieren. Vorgeschrieben wurde daher etwa ein Mindestabstand zwischen zwei Casinos, die Zahl der Automaten wurde begrenzt, es dürfen keine Getränke verkauft werden.

sammelt, wer nur über 21-Jährige einlässt oder sich mit den Öffnungszeiten zurückhält. In anderen Ländern wie Niedersachsen oder Berlin aber soll das Los entscheiden, was in der Branche für besondere Empörung sorgt. „Mit Glücksspiel wird eine Regelung umgesetzt, die das Glücksspiel regulieren soll“, schimpft Daniel Henzgen von Löwen Entertainment. „Das ist nur noch absurd.“

Auch viele Bürgermeister und Landräte fühlen sich in dieser Lage nicht wohl, müssen sie sich doch auf Klagen der Verlierer einstellen. „Bleibt es beim Losverfahren, droht den Kommunen eine riesige Klagewelle“, sagt Henzgen voraus. Es könne nicht sein, dass Mittelständler ihre Existenz verlor, die alle Bestimmungen getreu einhielten und für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sorgten, während illegal arbeitende Anbieter weitermachen dürften. Von „Existenzvernichtung durch das Los“ spricht Florian Heinze, Rechtsexperte des Automatenverbandes Niedersachsen.

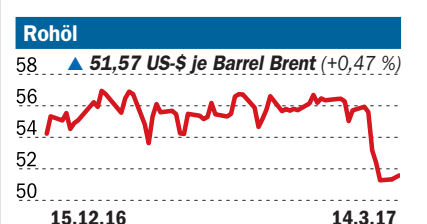
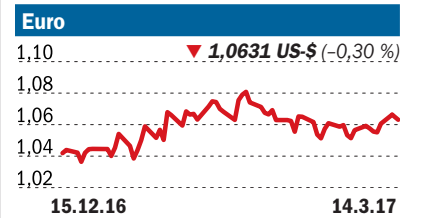
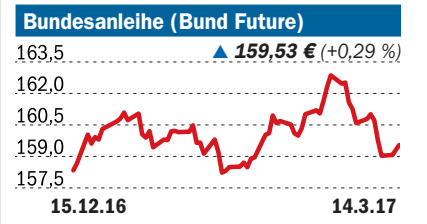
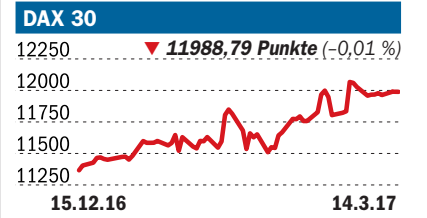
### Mit der Berufsfreiheit vereinbar

Wichtige Hinweise erhoffen sich alle Seiten von einem in Kürze erwarteten Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dem bereits mehrere Klagen vorliegen. Allerdings hat gerade erst im Dezember 2016 das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass zumindest die Einschränkungen in Berlin und Rheinland-Pfalz verfassungskonform seien. Sie seien auch mit der grundgesetzlich garantierten Berufsfreiheit vereinbar, betonte das Gericht. Denn die Vorschriften dienten dem „überragend wichtigen Gemeinwohlziel der Bekämpfung und Prävention von Spielsucht“.

Mehr als jeder Dritte lässt sich innerhalb eines Jahres auf mindestens ein Glücksspiel ein, hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) festgestellt. Rund 2,6 Prozent riskieren laut ihren Erhebungen ihre Euro an Spielautomaten. Allerdings ist dieser Anteil zuletzt erstmals deutlich zurückgegangen. Insbesondere bei der Risikogruppe, den 18- bis 20-jährigen Männern, schwindet das Interesse rasant. Die Erklärung liegt auf der Hand: Immer einfacher wird es, im Internet per Mausclick zu wetten und zu zocken. Und da laufen die Spiele häufig ganz unkontrolliert, ohne zeitliche Einschränkungen, ohne Deckel für Höchstansätze oder für Verluste an einzelnen Tagen und ähnlichen Vorschriften.

Und so warnt die Branche auch davor, dass die Regulierung ins Leere laufe, weil die Geldspiele nur noch stärker als bisher in den Schwarzmarkt abwanderten. Dem hält die BzgA entgegen, dass gesetzliche Auflagen sehr wohl dazu beitragen, das Suchverhalten einzudämmen. Umgekehrt werde eine Liberalisierung eine Ausweitung der Glücksspielnutzung nach sich ziehen, meinen die Gesundheitsexperten.

## MÄRKTE



Stand der Daten: 14.03.2017 (21:50 Uhr)

## Vom Start-up bis zum Giganten

Japan zeigt als Partnerland auf der Cebit seine Stärke

Roboter, Drohnen und künstliche Intelligenz: Die am kommenden Montag beginnende IT-Messe Cebit will ihr Fachpublikum mit konkreten Anwendungsbeispielen für neue Technologien überzeugen. „Wir werden eine der spannendsten Cebit-Messen seit vielen Jahren erleben“, sagte Messe-Chef Oliver

Anzeige



Frese am Dienstag in Hannover. Zu der fünftägigen Veranstaltung mit über 3 000 Ausstellern aus 70 Ländern werden rund 200 000 Aussteller erwartet. Das diesjährige Messemotto „d/economy – no limits“ soll ausdrücken, dass die Digitalisierung immer mehr Bereiche erfasst. Partnerland der Technologiemesse ist diesmal die Industrie Japan.

„Noch nie hat sich ein Partnerland so stark aufgestellt“, sagte Frese. Japanische Unternehmen – vom Start-up bis zum Industrie-Giganten Toyota – präsentieren sich nach seinen Angaben auf weit über 7 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche. Auch die EU werde mit mehreren Kommissionsmitgliedern auf der Technologiemesse eine starke Präsenz zeigen. Bei den zahlreichen Konferenzen im Begleitprogramm werden rund 200 Sprecher erwartet, darunter auch per Live-Videoanschaltung erneut der Whistleblower Edward Snowden oder Bundeskriminalamt-Präsident Holger Münch.

Zu den zentralen Themen der IT-Messe gehört in diesem Jahr auch das Thema Datensicherheit. Weitere Schwerpunkte werden Drohnen sein, für die der Chip-Gigant Intel Windräger sowie eine komplette Bohrinne im Maßstab 1:15 vor den Hallen aufbauen wird. Auch Exoskelette sollen zu sehen sein – Anzüge, mit denen man schwere Lasten heben oder auch Querschnittsgelähmte gehen lassen kann. Trotz einer Verschiebung ihres US-Besuchs gilt eine rechtzeitige Rückkehr von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Sonntagabend als gesetzt. Sie will am Montag mit dem japanischen Ministerpräsidenten durch die Messehallen gehen, bevor sie sich mit ihm zu bilateralen Gesprächen zurückziehen wird. (dpa)

## Der langsame Abschied vom Bargeld

In Europa steckt Mobile Payment in den Anfängen. Weit voraus auf dem Gebiet ist Afrika

VON THERESA DRÄBING

An einigen Stellen hapert es noch. Zwar sollen Kunden heute in vielen Geschäften und Supermärkten einfach mit dem Smartphone bezahlen können. So ganz ausgereift ist das System aber vielfach noch nicht. Das Handy in geringem Abstand an das Zahlterminal halten, dann erfolgt der Datenaustausch und der Betrag wird mittels einer App abgebucht. Das System, das dahinter steckt, nennt sich „Near field communication“, kurz NFC.

So die Theorie. „Es ist erst einmal gut, wenn mit dem Mobile Payment mehrere Zahlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen“, sagt Frithjof Jönsson, Rechtsexperte der Verbraucherzentrale Berlin im Zuge des Weltverbrauchertages an diesem Mittwoch, der unter dem Schwerpunkt Mobiles Bezahlen steht. „Die Systeme sind jedoch noch nicht so weit in den Märkten angekommen“, sagt Jönsson, manchmal scheitert es schon daran, dass das Kassenspersonal nicht geschult sei.

Kunden müssten sich darüber hinaus bewusst machen, mit der Nutzung massenhaft Daten preisgeben. „Man wird ein Stück weit zum berühmten gläsernen Kun-

den“, so Jönsson. Der Markt sei aktuell in Bezug auf das Mobile Bezahlen zudem noch sehr unsicher und es gebe zu viele Einzelsysteme, die nicht miteinander verbunden werden können. Bevor man mit dem Smartphone bezahlen kann, ist oftmals erst eine Bonitätsprüfung nötig.

### Überweisung per SMS

Doch es geht auch anders. Ausgerechnet Afrika tut sich im Bereich der mobilen Bezahlsysteme hervor. Hier haben zwei Kenianer bereits 2007 ein System namens „M-Pesa“ entwickelt. „Pesa“ heißt auf Swahili „Bargeld“, das „M“ steht für „mobile“. M-Pesa ermöglicht Ein- und Auszahlungen von Bargeld auf ein elektronisch geführtes Guthaben. Und zwar ganz ohne Bankkonto. Gegen Gebühr lassen sich per SMS Überweisungen tätigen. Auch an andere M-Pesa Nutzer. Der Gang in einen Laden reicht, um Bargeld aufzuladen. Das kann eine Tankstelle sein, ein Supermarkt oder Straßenkiosk. Rund 287 400 solcher Annahmestellen in zehn Ländern gibt es mittlerweile und kaum ein Laden in den Städten, in denen es das System gibt, akzeptiert die Zahlungsweise nicht. Das Geld wird dann auf dem System für den elek-

Anzeige



tronischen Zahlungsverkehr gutgeschrieben. Mit M-Pesa können also auch all diejenigen elektronische Zahlungsvorgänge abwickeln, die keinen Zugang zu einem Bankkonto haben. Gerade in Entwicklungsländern wie Kenia haben dies die wenigsten Menschen. Auch eine Bonitätsprüfung ist nicht nötig. Letztes Jahr wurden damit rund sechs Milliarden Transaktionen umgesetzt bei 29,5 Millionen aktiven Kunden, gibt Vodafone bekannt. Nur der Nachteil, dass Daten weitergegeben werden, bleibt.

Hinter dem System steht die kenianische Mobilfunkfirma Safaricom in Kooperation mit Vodafone. Mittlerweile gibt es M-Pesa neben

Kenia in neun weiteren Ländern, darunter Ägypten oder Indien. In Europa ist es in Rumänien und Albanien verfügbar.

In Deutschland ist vergleichbares allerdings nicht geplant. „M-Pesa ist für Länder entwickelt worden, in denen viele Bürger keinen oder nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu einem Bankensystem haben und deshalb keine Bankgeschäfte tätigen können“, sagt Ute Brambrink, Sprecherin von Vodafone. „In Deutschland besteht eine derartige Bankeninfrastruktur, so dass die Notwendigkeit nicht besteht“, so Brambrink weiter. „Interessant ist das System eventuell trotzdem, beispielsweise für Flüchtlinge, die so leichter Geld an ihre Familien senden können“, merkt Jönsson an. Derartige Initiativen gibt es bereits. So hat sich in Berlin das Start-up Mobilsoil gegründet, welches Solaranlagen nach Ostafrika vertreibt und M-Pesa für die Abrechnung nutzt. „Es ist noch nicht sicher, inwieweit sich Mobile Payment in Zukunft durchsetzen wird“, sagt Jönsson. Für fast 70 Prozent der Zahlungen hierzu werden immer noch Scheine und Münzen hervorgekramt. Die Deutschen hängen an ihrem Bargeld.